

Mit Muslimen Menschenwürde verteidigen



Am heutigen Dienstag beginnt im belgischen Mechelen eine [dreitägige Konferenz](#) über die christlich-muslimischen Beziehungen auf dem Alten Kontinent, an der Experten der Konferenz europäischer Bischofskonferenzen (CCEE), der Konferenz europäischer Kirchen (KEK) und Vertreter der wichtigsten europäischen Islam-Organisationen teilnehmen. [Pater Hans Vöcking](#) (Foto), Mitorganisator der Konferenz und Sekretär der bischöflichen Kommission, will im interreligiösen Dialog gemeinsame Werte mit den Moslems verteidigen.

„Wir erwarten vorerst keinen theologischen Dialog, sondern wir hoffen vielmehr, dass die Christen und Muslime in Mechelen gemeinsam überlegen, wie sie als Gläubige in der Gesellschaft aktiv mitwirken können. Vielleicht wird es uns dabei gelingen, konkrete Vorschläge für Europa zu erstellen. Doch es ist vor allen Dingen wichtig, dass die Christen und Muslime, die hier in Belgien versammelt sind, eine Erklärung abgeben, ausgehend von dem Glauben an den einen Gott, um sich dafür zu engagieren, die Menschenwürde in der heutigen Gesellschaft zu verteidigen.“

Würde des Menschen? Gemeinsame Werte? Steinigen, Kreuzamputationen, Enthaupten, Polygamie, Ehefrauen verstoßen, Selbstmordattentate, Frauenkammer, Ehrenmorde, also die Grenzstrafen, wenn man die von Allah/Muhammad gesetzten Grenzen verletzt?

Nur die dümmsten Lämmer suchen ihre Schlächter selbst aus.

Allah ist nicht der Gott der Bibel. Wann wird diese Desinformation den Nichtmuslimen nicht mehr zugemutet, und wann hört der Selbstmord auf Raten der Kirchen auf?



20 Jahre Haft für islamkritischen Journalisten



Vielleicht muss auch hierzulande bald mit solchen Maßnahmen rechnen, wer es wagt, vom Medien-Mainstream abzuweichen und die Wahrheit unzensuriert ans Tageslicht zu bringen. In Afghanistan ist jetzt bereits ein Journalismus-Student (Foto) zu 20 Jahren hinter Gittern [verurteilt worden](#), weil er sich kritisch mit Frauenrechten im Islam auseinandergesetzt hatte.

Eigentlich wäre der 24-jährige Sayed Parwez Kaambakhsh sogar zur Todesstrafe verurteilt gewesen, wenn nicht das Berufungsgericht in einem Anflug von „Milde“ das Urteil in eine Gefängnisstrafe umgewandelt hätte.

Der Grund für die Verurteilung: Ihm wird die Verbreitung eines Textes zur Last gelegt, in dem Mohammed – völlig zurecht – die Missachtung von Frauenrechten vorgeworfen wurde.

Den aus dem Iran stammenden Text hatte er aus dem Internet geladen und an Freunde verteilt. In dem Artikel wurde etwa die Frage aufgeworfen, warum Männer vier Ehefrauen haben können – aber Frauen nicht vier Ehemänner.

Die drei Richter trafen ihre Entscheidung am Dienstag nach einem eintägigen Prozess. Dabei wurden die Verteidiger des 24-jährigen Studenten und Zeugen der Anklage gehört

Ende Januar hatte ein Gericht in Masar-i-Sharif Kaambakhsh zum Tode verurteilt. Hätte es daraufhin keine Proteste gegeben, wäre das Urteil vollstreckt worden. Jetzt muss er „nur“ ins Gefängnis – ein halbes Leben lang. So lange, wie hierzulande Mörder einsitzen. Nur dass diese es hier wohl etwas bequemer haben und bei „guter Führung“ vorzeitig entlassen werden.

(Spürnase: Behrens)



**Ahmadiyya: Betrug für
Anstrich von Weltoffenheit**



Die Ahmadiyya-Gemeinde in Pankow-Heinersdorf soll die bekopftuchte Architektin Mubashra Ilyas (Foto) vorgeschoben haben, um sich ein fortschrittliches Image zu verschaffen. In Wahrheit aber hat wohl der Sicherheitsingenieur Alireza Pakdeler die ganze Arbeit geleistet.

So [schreibt heute](#) der *Berliner Kurier*:

Als weltoffene Muslimin und Architektin der Khadija-Moschee in Heinersdorf ließ sich Mubashra Ilyas (28) feiern. Doch daran gibt es ernste Zweifel: „Die Frau dient der Ahmadiyya-Gemeinde nur als Show-Effekt“, sagt Alireza Pakdel (42).

Seine Kritik ist begründet: Alireza Pakdels Name stand auf dem Bauschild als verantwortlicher Architekt. Der Bauantrag trägt seinen Stempel, die komplette Korrespondenz mit dem Bauamt seine Unterschrift. Beweise, die stichhaltiger kaum sein können.

Alireza Pakdel: „Die Gemeinde wollte sich wegen des andauernden Streits um die Moschee ein liberales Image verschaffen. Die Frau sollte der Beweis sein, wie gleichberechtigt es bei der Ahmadiyya zugeht.“

Hintergrund: Experten halten die Ahmadiyya für ultra-orthodox. Züchtigungen von Frauen gelten als „negative Zärtlichkeit“, Männer dürfen mehrfach heiraten, Ehen werden arrangiert. Zudem sollen sie den Kalifatstaat anstreben.

Da kam die hübsche Kopftuch-Architektin gerade recht, um reformerischer aufzutreten, glaubt Pakdel, selbst ein

bekennender Muslim: „Das darf ich nicht durchgehen lassen. Ich bin nicht so dumm, gegen Intoleranz tolerant zu sein.“

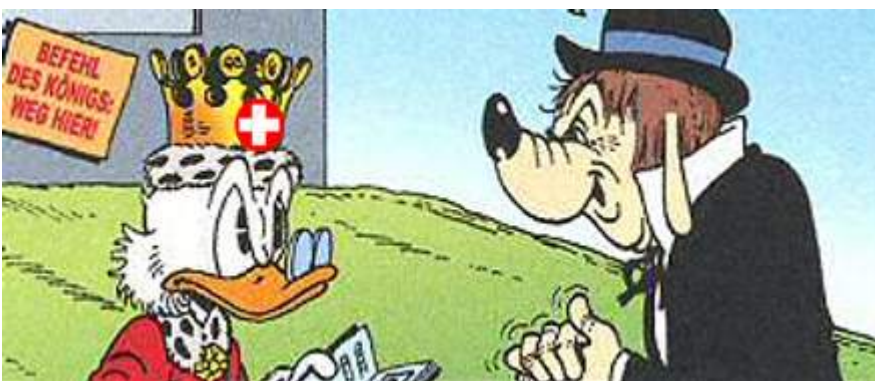
Das wird die Gemeinde der Guten gar nicht gerne hören. Und was der *Berliner Kurier* hier über die „[orthodoxen](#)“ Ahmadiyyas schreibt, kennzeichnete bisher die Ansichten des gemeinen Rechtsextremisten.

» deutschland-kontrovers.de: [Pankows Moschee ist auf einer Lüge aufgebaut](#)

(Spürnase: Humphrey)



Weltweiter Kampf gegen die Widerspenstigen



Auf der Jagd nach Barem entdecken Finanzminister von großen Staaten weltweit die kleinstaatlichen Steueroasen. Eine schwarze Liste ist geplant, auf der auch die Schweiz stehen soll. Unter dem Vorwand der

globalen Finanzkrise planen Finanzminister aus aller Welt einen [Rundumschlag gegen alle Steuerparadiese](#). Diese stehen nun unter Generalverdacht, un versteuertes Geld zu beherbergen.

Deutschland und weitere Staaten wollen gemeinsam gegen Länder vorgehen, die Steuerbetrug begünstigen. Bei einem Treffen in Paris verständigten sich mehrere Staaten der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) darauf, dass Steueroasen zu mehr Transparenz gezwungen werden sollen.

Das bedeutet im Klartext:

Das Bankgeheimnis soll aufgehoben werden. „Betroffene“ Staaten, wie zum Beispiel Deutschland hätten direkten Zugang zu den Konten. Da man weiß, dass zum Beispiel die Schweiz so etwas niemals freiwillig machen würde, überlegen sich die Finanzminister bereits, wie man die „Niedrigsteuer-Länder“ dazu zwingen kann. Es dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein, bis es zu Sanktionen kommt.

» Lesen Sie [hier](#) mehr.

(Quelle: [MMnews](#))

Linke empört über Ausbleiben rechter Gewalt



Deutschland hat zu wenige Rechtsradikale. Darüber sind SPD, GAL und die türkische Gemeinde in Hamburg [hell empört](#). Denn anstelle von Nazis haben wohl Kurden einem türkischen Gemüsehändler und einem türkischen Reisebüro die Scheiben eingeworfen. So kann man es sich nicht im Kampf gegen Rechts™ gemütlich machen, sondern müsste sich mit dem türkisch-kurdischen Konflikt auseinandersetzen. Das geht gar nicht!

Die *Abendzeitung* [schreibt](#):

Erst flogen Pflastersteine, zertrümmerten die Scheiben eines türkischen Reisebüros und eines türkischen Gemüsehändlers. Wenige Stunden später brannte die Auslage des Gemüsehandels lichterloh. Zwei Anschläge auf das Religions- und Kulturzentrum der Türkisch-Islamischen Union (Ditip) am Borstelmannsweg am Wochenende erschüttern die Türkische Gemeinde in Hamm. Osman Kögce, seit fünf Monaten Inhaber des Gemüsehandels, ist sichtlich geschockt. Er ist davon überzeugt: „Das war ein Anschlag von Rechten.“ Seine Befürchtungen haben einen konkreten Hintergrund: Erst vor wenigen Wochen lagen gleich mehrere Briefe mit eindeutig rechtsradikalem Inhalt im Briefkasten der Religions- und Kultureinrichtung. Der Staatsschutz ermittelt.

„Die Polizei ermittelt in alle Richtungen“, heißt es von der Polizeipressestelle. Für die türkische Gemeinde ist klar: „Diese Taten haben einen rechtsradikalen Hintergrund.“ Osman Kögce sagt: „Die Scheiben vom Reisebüro wurden schon zum vierten Mal eingeschlagen.“ Die Polizei konnte das gestern am späten Abend noch nicht bestätigen.

Deutliche Worte sprechen hingegen die handschriftlichen Briefe, die ohne Absender, in Blanko-Briefumschlägen am 9. September im Briefkasten des Zentrums lagen. „Türken raus“ ist da zu lesen und „In unserer Heimat wollen wir keine Türken“. Auf einem anderen Brief ist gar von „Untermenschen“ und „islamischem Kopftuchgeschwader“ die Rede. Auch diesen Vorfall hat die Gemeinde zur Anzeige gebracht. Über den Stand der Ermittlungen und ob die Polizei einen Zusammenhang zwischen den Briefen und den Anschlägen des Wochenendes sehen, konnte die Polizei gestern noch nichts sagen.



Interessant sind die Reaktionen, sollten die Anschläge nicht den erwünschten rechtsradikalen Hintergrund haben. Bülent Ciftlik (Foto l.), integrationspolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, geht selbstverständlich von einem solchen aus:

„Auch in einer weltoffenen Stadt wie Hamburg müssen wir solchen Ereignissen mit aller Entschiedenheit nachgehen und entgegentreten.“ Die Öffentlichkeit müsse erfahren, dass ihre Nachbarn bedroht werden.

Gemeinsam mit GAL und türkischer Gemeinde, ist Ciftlik außer sich über die [fehlende Kooperationsbereitschaft der Rechten](#):

Von einem rechtsradikalen Hintergrund geht der Staatsschutz nicht aus. Das sorgt für Empörung bei SPD, GAL und in der türkischen Gemeinde.

Eine Verbindung sieht die Polizei außerdem mit einem weiteren Anschlag auf ein türkisches Reisebüro in Wilhelmsburg am

Wochenende, bei dem Unbekannte mit Pflastersteinen die Scheiben eingeworfen und auf dem Fensterbrett den Schriftzug PKK hinterlassen hatten. In allen drei Fällen vermutet die Polizei eine Protestaktion militanter Kurden.

Denn während man in gewissen Kreisen bereits nach wenigen Minuten einen rechtsradikalen Hintergrund „erkennt“, kommt die Polizei einfach nach längerem Ermitteln zu einem anderen Ergebnis:

„Mich ärgert, dass die Polizei nur 24 Stunden nach den Vorfällen quasi eine Analyse abgibt, die in sich nicht schlüssig ist und so nicht stimmen kann“, sagte der SPD-Abgeordnete Bülent Ciftlik. Auch in der türkischen Gemeinde schüttele man den Kopf über diese Analyse. „Kurden werden kein Religionszentrum angreifen, in dem sie selbst verkehren“, so Ciftlik. Er kritisiert, dass die Polizei „zu wenig Innenansicht und zu wenig Kenntnis von den kulturellen Strukturen innerhalb des Milieus“ habe. Zu den Anschlägen in Hamm hat er gestern eine kleine Anfrage an den Senat gestellt.

Als Mittel zum Zweck kommen dann auch die Muslime ins Spiel, obwohl es den Islam und die Muslime doch gar nicht gibt:

Auch Farid Müller, GAL-Wahlkreisabgeordneter von Hamm, spricht von einer „großen Angst in der türkischen Gemeinde“. Gemeinsam mit dem GAL-Bezirksabgeordneten Jörg Ebel hat Müller gestern den Tatort in Hamm besucht. Am Wochenende hatten unbekannte Täter Pflastersteine in die Scheiben eines Reisebüros und eines Gemüseladens geworfen. Wenig später wurde der Gemüseladen in Brand gesetzt. Müller dazu: „Unabhängig vom politischen Hintergrund: Brandanschläge gefährden das friedliche Zusammenleben im Bezirk Mitte. Das können wir nicht hinnehmen. Mit meinem Besuch möchte ich ein Zeichen der Solidarität mit den muslimischen Bürgerinnen und Bürgern in Hamm setzen.“ Ebel forderte, den Anschlag vom

Wochenende zügig aufzuklären. „Dieser Gewaltakt gegen muslimische Mitbürger ist nicht hinnehmbar. Die Täter und Hintermänner müssen zur Rechenschaft gezogen werden“, so Ebel.

Auch in Österreich und der Schweiz lassen die Nazis Türken und Kurden ihre Konflikte selbst austragen. Es wird von kleineren Anschlägen gegen türkische Einrichtungen [berichtet](#). Betroffen sind türkische Konsulate, auf die Brandsätze geworfen wurden. Sehr wahrscheinlich handelt es sich um Racheakte von Kurden im Zusammenhang mit den Kampfhandlungen im türkisch-irakischen Grenzgebiet.



Venta: Al Andalus

☒ Allahu akbar! Wer hätte gedacht, dass es so einfach werden würde, Al Andalus, das bereits [781 Jahre unter muslimischer Herrschaft](#) war, der Ummah wieder einzuverleiben! Spaniens sozialistische Regierung, im Schock der Terroranschläge von Madrid an die Macht gewählt, bittet jetzt die Golfstaaten um Hilfe. Die Finanzkrise kam gerade recht, um die Verantwortung für die abgewürgte spanische Wirtschaft zugeschoben zu bekommen. Jetzt ist Spanien pleite und bittet bei den ehemaligen Herren von Al Andalus, die immer noch Ansprüche auf ihr früheres Territorium stellen, um Übernahme.

Die [Telebörse berichtet](#):

Die spanische Regierung hat die Golfstaaten um Hilfe bei der Rettung der heimischen Bankenbranche gebeten. Das Land fordere arabische Staatsfonds dazu auf, öffentliche Schulden in Form von Staatsanleihen zu kaufen, mit denen ein milliardenschweres Rettungspaket finanziert werden solle, sagte Industrieminister Miguel Sebastian der Nachrichtenagentur Reuters.

„Wir können dem Land nur Liquidität verschaffen, wenn sie von außen kommt.“ Ohne Investitionen aus den Golfstaaten und weiteren Ländern drohe das Rettungspaket zu scheitern.

Spaniens sozialistische Regierung will mit Hypotheken besicherte Anleihen und weitere Vermögenswerte von Banken in Höhe von bis zu 50 Mrd. Euro kaufen, um dem Markt Geld zu verschaffen und die Darlehensvergabe wieder anzukurbeln. Das Finanzministerium will die Schuldenpapiere versteigern. Nur wenn diese Staatsanleihen von anderen Ländern und nicht von heimischen Banken erworben würden, könne die erwünschte Liquidität entstehen, sagte Sebastian, der sich vergangene Woche mit dem Golf-Kooperationsrat (GCC) über mögliche Investitionen beraten hatte.

Der Minister sagte weiter, es sei unvermeidbar, dass Spanien in eine Rezession abgleite. „Entscheidend ist dabei, wie schnell wir die Probleme auf dem Finanzmarkt lösen können.“

(Spürnase: ComebAck)



Kurden blockieren REP-Infostand

✘ Für einen Schul- oder Berufsabschluss sind die meisten zu dumm. Aber sie bestimmen schon, wer in die Disco kommt. Und jetzt auch, welche politischen Parteien Infostände auf deutschen Straßen durchführen dürfen und welche nicht. In Köln verhinderten kurdische Jugendliche, angestiftet von linkskriminellen Deutschen, einen Infostand der Republikaner.

Indymedia berichtet von der [jüngsten Heldentat](#) im Kampf gegen Rechts™:

Am Samstag Nachmittag veranstalteten die Republikaner einen Stand in der Kölner Innenstadt welcher für sie nach einer kreativen Blockade in purer Frustrationen endete.

Nachdem Antifaschisten aus dem Umland zufällig einen Stand der Republikaner mit fünf Mitgliedern entdeckten, mobilisierten sie kurzerhand einige lokale Kräfte wodurch der Stand vorerst behindert werden konnte.

Zufällig gab es parallel dazu eine große kurdische Demonstration mit anschließendem Fest, welches ebenfalls in der Kölner Innenstadt stattfand. Da sich dort auch Antifaschistinnen aus dem internationalistischen Spektrum befanden, konnten sie schnell eine Hand voll kurdische Jugendliche mobilisieren um den Faschisten ihren Protest zu zeigen.

Anschließend gab es einen bunten und kreativen Protest: die kurdischen Jugendlichen tanzten zusammen mit anderen Antifaschisten den Halay, einen Volkstanz welcher den kompletten Stand der Rassisten blockierte. Dazu wurden diverse Parolen wie z.B. „Schulter an Schulter gegen Faschismus“ gerufen. Nachdem auch noch Passanten, die ihnen gegebene Propaganda mit lautem Protest ablehnten, wurde der Stand nach kurzer Zeit geräumt.

Eine gelungene Aktion in welcher demonstriert wurde wie bunt ein spektrenübergreifender Protest sein kann.

(Spürnase: Heiko T., Foto: Gesicht zeigen gegen Rechts)

Atommüll ein ökologisches (irrrationales) Problem



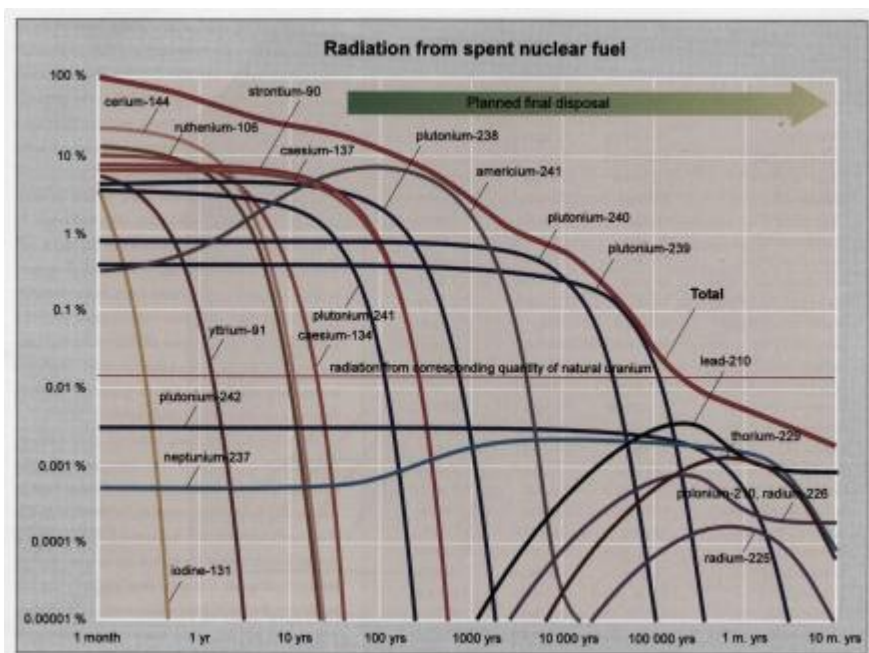
Atommüll wird seitens der Ökologen als unlösbares Problem (wobei sie mögliche Lösungen blockieren) dargestellt. Ohne ökologische Brille ist die Müllentsorgung eher ein Plus für die Kernenergie. Aufgrund der enormen Energiedichte des Brennstoffs ist das Müllproblem wesentlich geringer als bei Kohle oder gar den Abfällen, die beim Bau umweltschädlicher Windmühlen oder Solarkraftwerke anfallen. Allein die Filterstäube von Kohlekraftwerken enthalten neben

anderen Giften circa 200 Millionstel Uran die sich zur Urangewinnung nutzen lassen (4).

(Gastbeitrag von Pivandale)



Ein typisches Leichtwasserkernkraftwerk mit 1400 Megawatt elektrischer Leistung ist mit etwa 103 Tonnen leicht angereichertem Uran bestückt. Die Spaltung von ein Gramm Uran²³⁵ erzeugt 22000 Kilowattstunden entsprechend 2700 Kilo Kohle (2). Innerhalb eines Jahres werden 1200 Kilogramm Uran²³⁵* gespalten. Jeweils nach einem Jahr wird ein Drittel des Brennstoffs ausgetauscht. Der verbrauchte Brennstoff enthält etwa 33 Tonnen Uran, 1200 Kilogramm hochradioaktiver Spaltstoffe und 300 Kilogramm Plutonium. Typische Spaltprodukte sind, (2) 7,65 Prozent Jod¹³⁴ Halbwertszeit 52 Minuten, 6,45 Prozent Xenon¹³⁵ (zum Teil aus J¹³⁵) Halbwertszeit 9,2 Stunden, 6,2 Prozent Cäsium¹³⁷ Halbwertszeit 30,2 Jahre, 5,9 Prozent Strontium⁹⁰ Halbwertszeit 28,1 Jahre, 2,8 Prozent Jod ¹³¹ Halbwertszeit 8 Tage... Hinzu kommen unzählige leicht und mittelradioaktiver Abfälle wie gebrauchte Kittel, Handschuhe aber auch Strukturmaterial.



Wiederaufarbeitung

Langlebige Radioaktive Stoffe wie Uran, Thorium kommen in der Natur häufig vor und strahlen nur geringfügig. Kurzlebige radioaktive Stoffe zerfallen größtenteils bereits im Reaktor. Problematisch sind, wie man auch aus der obigen Darstellung erkennen kann, die radioaktiven Stoffe mit Halbwertszeiten von mehreren Jahren bis zu einer Million Jahre. Plutonium ist sehr giftig, radioaktiv und hat (zum Beispiel Plutonium²³⁹) eine Halbwertszeit von 24000 Jahren. Andererseits ist Plutonium²³⁹ ein wertvoller Brennstoff in Kernkraftwerken. Deshalb ist es geboten, den genutzten Brennstoff wiederaufzuarbeiten. Plutonium und Uran werden als wertvolle Brennstoffe wiederverwertet. Es verbleiben 1200 Kilogramm hochradioaktiver Spaltprodukte, die wie man in der Darstellung sieht nach etwa 700 – 1000 Jahren auf das Niveau von Natururan abgeklungen sind. In Deutschland wurde die Wiederaufarbeitung von Minister Trittin aus ökologischen (= irrationalen) Gründen verboten. Ein erheblicher Teil der Atommüllproblematik beruht auf dieser „ökologischen“ Entscheidung.

Verwendung /Nutzung des Atommülls

Ein kleiner Teil der Spaltprodukte kommt als Radionuklide zum Beispiel in der Messtechnik zum Einsatz. Strontium⁹⁰ wird in Radionuklidbatterien genutzt. Technetium⁹⁹ als Radiopharmaka, Jod¹³¹ wird für die Radiojodbehandlung von Schilddrüsenkrebs genutzt. Aus den Stelltrollen der Steuerstäbe von Kernkraftwerken lassen sich Cobalt⁶⁰ Strahlenquellen fertigen (1) mit denen Gewürze, Obst und Gemüse haltbarer gemacht werden. Eine wesentliche Eigenschaft des hochradioaktiven Abfalls ist dessen starke Wärmezeugung. Ein Block hochradioaktiven Abfalls aus der Wiederaufarbeitung kann anfangs mehrere Kilowatt Energie abgeben. In Borsilikatglas eingeschmolzener hochradioaktiver Atommüll kann als dauerhafte Energiequelle für Polarstationen, Militärstützpunkte oder Betriebe, die eine absolut unterbrechungsfreie Energiequelle benötigen, genutzt werden.

Die grösste Herausforderung ist es, hierbei sicherzustellen, dass der Müll nicht durch Gotteskrieger gemopst und zur Herstellung schmutziger Bomben genutzt wird. Der Gedanke an eine Energiequellen-Nutzung wurde in den 70ern im Kernforschungszentrum Karlsruhe erwogen. Er wurde jedoch aufgegeben, da eine derartige Stromquelle nicht wirtschaftlich*1 konkurrieren kann, wenn der Müll mit riesigem Aufwand, dem atomrechtlichen Verfahren ausgesetzt, mit staatlich geduldetem Ökologen-Polizisten Prügelspiel*2 zugestellt wird.

Versenken des Atommülls im Meer:

Eine Möglichkeit Atommüll preisgünstig zu deponieren, ist diesen im Meer zu versenken. Die Weltmeere enthalten 65 Milliarden Tonnen radioaktives Kalium⁴⁰ und 4 Milliarden Tonnen radioaktives Uran (5), Thorium, Tritium und viele andere radioaktive Stoffe. Man kann sich leicht ausrechnen, dass die Menschen die Weltmeere nicht mit den geringen Mengen Atommüll verseuchen können, wie sie durch Kernkraftwerke nach einer Wiederaufarbeitung entstehen (in Deutschland 20 Tonnen pro Jahr). Die Engländer hatten bis 1982 den anfallenden Atommüll im Meer versenkt. Auch die Russen haben zum Beispiel ausgediente Atom U-Boote im Weißen Meer versenkt. Die natürliche Radioaktivität des Meeres von 12 Becquerel pro Liter (6) kann sich jedoch örtlich erhöhen wenn dieser unachtsam eingeleitet wird. So wurde einst im Britischen Sellafield der flüssige radioaktive Müll über ein Rohr ins nahe Meer eingeleitet. Im Umfeld der Einleitung ist die Radioaktivität noch Heute deutlich höher.

Vergraben des Atommülls in der Wüste

Der Kernforscher und Physiknobelpreisträger Heisenberg schlug einst vor, den Atommüll mit drei Metern Erde zu bedecken. Wenn man dies in einer Wüste ohne besondere Grundwasserströme vornimmt, zum Beispiel in einer Senke, ist dies unproblematisch. Ein Vorteil liegt darin, dass der Atommüll in

einigen 100 Jahren ohne großen Aufwand wieder ausgraben werden kann und dann beispielsweise Rhodium (teuerster Stoff der Welt 9700 US-Dollar pro Unze), Ruthenium, Zirkon und andere Materialien kostengünstig gewonnen werden können. Schwierig ist jedoch die politische Situation in vielen Wüstenstaaten. Terroristen könnten diesen Müll zum Bau schmutziger Bomben nutzen. Verschwörungsgerüchte könnten die politischen Führungen der Länder destabilisieren. Die Nutzung der Wüsten in politisch stabilen, nichtökologischen Ländern ist ein preisgünstiger, sinnvoller Weg.

Deponieren des Atommülls im ewigen Eis

Die Antarktis ist mit einem 4000 Meter dickem Eispanser versehen. Sofern man stabil verglasten, hochradioaktiven Müll (der Eisdruck ist enorm) dort verbringt, wird dieser sich durch seine Wärme mit abnehmender Geschwindigkeit und Radioaktivität durch den Eispanser schmelzen und irgendwann auf den Fels treffen. Diese Alternative ist elegant, preisgünstig, da sich der Abfall im Direktflug von der Wiederaufbereitungsanlage zur Einlagerungsstelle bringen und per Fallschirm absetzen lässt. Die Nutzung der Antarktis als Atommülldeponie ist allerdings derzeit durch den Antarktis Vertrag untersagt.

Deponierung des Atommülls Untertage

Die meisten Länder haben sich entschieden, ihren Atommüll unter Tage in geologisch stabilen Gebieten in Granit, Ton oder Salz zu lagern. Derzeit sind 16 (7) atomare Endlager in Betrieb. Dies ist teurer und weniger elegant als die oben genannten Verfahren. Sofern man bei einer Lagerung zum Beispiel im Salz nicht gerade einen sich durch Wassereintrich auflösenden Salzstock (Asse *3) wählt, kann der Atommüll dort gelagert werden bis dieser auf das unproblematische Niveau von Natururan abgeklungen ist. Aus Kostengründen wäre es sinnvoll, wenn sich mehrere Länder ein derartiges Lager teilen.

Im Verhältnis zu problematischem Sondermüll aus der Chemie oder der Metallurgie, der weit weniger Aufmerksamkeit erfährt wird bei nuklearen Materialien ein Riesenwirbel um recht wenig Müll veranstaltet.

* Dies ist eine vereinfachte Darstellung. 1410 Megawatt elektrischer Leistung, 4000 Megawatt thermischer Leistung, 6500 Stunden pro Jahr ergibt 1181 Kilogramm pro Jahr. Neben Uran235 tragen allerdings auch Plutonium239, Plutonium241, Uran238 Schnellspaltungen und radioaktiver Zerfall zur Energieproduktion bei.

*1 Die technisch notwendigen Einrichtungen, wie ein im Vergleich zu Heizöl größerer Kessel und eine 50 Zentimeter Betonabschirmung gegenüber der Gammastrahlung, ließen sich leicht aus der Brennstoffeinsparung finanzieren.

*2 Sofern der Staat die Prügelspiele nicht gewollt hätte, hätte man ernsthaft gegen die Organisatoren wie Grüne, BUND und so weiter als kriminelle Vereinigungen ermitteln können. Regelmäßig wurden Polizeiführer abgesetzt, die zu hart mit den Ökologen umgingen.

*3 Asse ist zum politischen Spielball geworden, anhand dessen das Ministerium für Ökoreligion die Endlagerung problematisiert.

Quellen:

1. Homepage der Firma [Hoefer & Bechtel](#)
2. Kernenergie u. Kerntechnik Lothar Luescher
3. Abbildung aus „Will time heal every wound?“ (Monitor 17), Swedish Environmental Protection Agency. (Das Buch ist über [Miljobokhandeln](#) erhältlich)
4. Referat Prof. Horst Michael Prasser ETH Zürich gehalten am 29.05.08 in Lausanne
5. Uran limitierender Faktor für die Kernenergie Ohnemus Gronau 2006
6. Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung BMU Jahresbericht 2001 * gemäß diesem Bericht liegt die Radioaktivität des Meerwassers bei 12 Becquerel pro Liter.

Evangelische Kirche feiert Duisburger Moschee



Am 26. Oktober wird in Duisburg-Marxloh nach dreieinhalb Jahren Bauzeit die größte Moschee Deutschlands eingeweiht. Bei der Eröffnungsfeier möchte unbedingt auch der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Nikolaus Schneider (Foto), [teilnehmen](#) – gegen den Willen des Lutherischen Konvents, der findet, das entspreche gerade nicht der in der EKD-Handreichung geforderten „Klarheit und guten Nachbarschaft“.

Update: Es kommt tatsächlich noch schlimmer. Sogar der katholische Essener Ruhr-Bischof, Felix Genn, [beehrt die Eröffnungsfeier](#) mit seiner Anwesenheit. Noch mehr Gewicht hätte die Kirche der Moschee-Einweihung kaum geben können. Ebenfalls mit von der Dhimmi-Partie: Der [PI-bekannt](#)e NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU).

Dem Lutherischen Konvent wäre wichtig gewesen, dass bei besonderen Veranstaltungen der Moscheegemeinden die Statusfragen beachtet werden.

„Es hätte genügt, wenn die Kirche durch den zuständigen

Superintendenten vertreten würde“, sagte Reiner Vogels, Vorsitzender des Konvents... . Zudem verwies er auf die Pflicht der Kirche, auch unter Muslimen für die christliche Botschaft zu werben. Der Konvent habe im Frühjahr die rheinische Kirchenleitung gebeten, über Initiativen für eine christliche Mission unter den im Kirchengebiet lebenden Muslimen nachzudenken. „Eine Antwort auf diesen Brief ist uns für die nächste Zeit angekündigt worden, sie liegt aber noch nicht vor“, so Vogels.

Die Landeskirche selbst denkt aber gar nicht an die Missionierung von Muslimen.

„Für das missionarische Handeln unserer Kirche gilt grundsätzlich: Wo immer wir als Christinnen und Christen im Gespräch mit Menschen sind, sind wir gefragt, unseren Glauben selbstbewusst, klar und einladend zu benennen und zu bekennen – und dies auch in unserem Leben sichtbar werden zu lassen. Das ist unser menschliches Tun. Ob unser Reden und Tun Früchte trägt, das bleibt dem Wirken des Heiligen Geistes vorbehalten.“

Das bedeutet in der Praxis leider oft: Wir passen uns lieber an, damit wir niemanden ärgern, vor allem nicht die Muslime. Zu Großveranstaltungen zeigen wir uns gern auf Seiten der „Guten“, weil wir dann von allen Medien so schön gelobt werden.

» Kontakt zur Evangelischen Kirche im Rheinland:

Hans-Böckler-Straße 7

40476 Düsseldorf

Telefon 0211/45 62 – 0

Fax 0211/45 62 – 490

E-Mail: lka@ekir-lka.de



„Ehrenmord hat nichts mit dem Islam zu tun“



Nein, dies ist kein weiterer satirischer Beitrag, es ist purer Ernst und nennt sich „Wormser Charta“. Diese will uns die [Wormser Zeitung](#), der Dachverband der Wormser Muslime und OB Michael Kissel (Foto) als „einen großen Schritt in Richtung Integration“ verkaufen. Wichtigster Inhalt des Dhimmi-Dokuments: Weder Ehrenmorde noch Zwangsheiraten haben irgend etwas mit dem Islam zu tun.

Durch die Grundsatzerklärung, die von sämtlichen in Worms beheimateten muslimischen Glaubensgruppierungen unterzeichnet wurde, wolle man mit Vorurteilen aufräumen, betonte Amin Kamal, Vorsitzender des Dachverbandes. „Ein Ehrenmord“, so der Dachverbands-Chef, „hat nichts mit dem Islam zu tun.“ Gleiches gelte für Zwangsheiraten. „Auch hier wird vom Propheten Mohammed die Zustimmung der Frau verlangt“, erklärte Kamal. Leider seien derartige Glaubensgrundsätze bei

Nicht-Muslimen wenig bekannt oder würden ignoriert. Hier soll das bundesweit einmalige Dokument Abhilfe schaffen. Kamal: „Wir haben heute einen großen Schritt in Richtung Integration getan.“

Allerdings verbinden die Muslime mit dem Dokument auch Forderungen. „Integration“, betonte der Dachverbands-Vorsitzende, „ist keine Einbahnstraße.“ Im Klartext: Auch die Bürger, so Kamal, „müssen uns so akzeptieren, wie wir sind.“ Es könne nicht sein, dass eine Frau wegen ihres Kopftuches diskriminiert werde, oder „ein Mann von seinem Arbeitsplatz entlassen wird, weil er fünf Mal am Tag betet.“

Oberbürgermeister Michael Kissel bewertete die Charta als „weitgehendes und mutiges Bekenntnis“, von dem eine Stadt, „in der Menschen aus 130 verschiedenen Nationen leben“, nur profitieren könne. Denn: „Die Charta“, hofft der OB, „soll bei der deutschen Bevölkerung Fragen provozieren und Diskussionen auslösen.“ Die Voraussetzung für „einen Austausch zwischen den Religionen“, findet Kissel. Das „Miteinander“, also ein unbelastetes Verhältnis zwischen Menschen verschiedener Religionen, betrachtet der Stadtchef als Zukunftsaufgabe. Zumal „es Worms immer gut gegangen ist, wenn es gelang, die Potenziale der verschiedenen Kulturen und Religionen zu aktivieren“. Allerdings sei die Charta nicht nur an Nicht-Muslime gerichtet. Auch bei Migranten wolle man mit dem Dokument „Zeichen setzen“. Die Selbstverpflichtung, befand der OB, „ist ein Signal an Migranten“ und zeige, „dass sie ihre Wurzeln, ihre Kultur und ihre Religion behalten dürfen“. Mit der Unterzeichnung der Charta, betonte Kissel, werde „die gute Integrationsarbeit“, die beispielsweise vom Ausländerbeirat oder dem interkulturellen runden Tisch geleistet werde, fortgesetzt. Allerdings bleibe auch hier noch viel zu tun, so der Stadtchef, weshalb man auf „einen hauptamtlichen Integrationsbeauftragten“ setze.

Kontakt:

Büro des Oberbürgermeisters

Michael Kissel

Telefon: (0 62 41) 8 53 – 10 01

Telefax: (0 62 41) 8 53 – 10 90

E-Mail: bueroob@worms.de